

Bern



Fritz Gyger von der Harmonie
Der Wirt, der Nuklearchemiker ist,
stieg nie in die Zeitmaschine. 22

Jetzt brauchts Geld für Gostelis Erbe

Dem Archiv der Schweizer Frauenbewegung geht das Geld aus. Ein Schweizer Spielfilm half dabei, dass nun auf Bundesebene für die Erhaltung der Berner Gosteli-Stiftung gekämpft wird.

Sophie Reinhardt

Der Zukunft der Gosteli-Stiftung ist gefährdet. «Uns geht das Geld aus», sagt Silvia Bühler, Leiterin des in Worblaufen beheimateten Archivs. Die Stiftung, welche das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung betreut, erhält bisher keine finanziellen Mittel durch die öffentliche Hand und stellt den Betrieb durch Spenden und eigene Mittel sicher. Zwar hat die Berner Burgergemeinde im März den mit 100 000 Franken dotierten Kulturpreis an die Stiftung ausgerichtet, doch das ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Der jährliche Aufwand für die ganze Institution betrage rund 250 000 Franken, sagt Bühler. «Ende 2016 verfügten wir noch über 360 000 Franken. Jährlich schrumpft das von Marthe Gosteli eingebrachte Vermögen aber um etwa 120 000 Franken». Ohne Hilfe könnten sie noch etwa zwei Jahre überleben.

Fünf Vorstösse im Nationalrat

Die Stiftung erhält nun Unterstützung auf verschiedenen politischen Ebenen. Nach dem Filmbesuch «Die göttliche Ordnung» wollte die Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) vom Bundesrat wissen, ob er nicht der Meinung sei, dass der Weiterbestand des Archivs gesichert werden müsse. Sie hatte erfahren, dass die Regisseurin Petra Volpe sich für ihren Spielfilm über die Einführung des Frauenstimmrechts im Gosteli-Archiv inspirieren liess - die Sammlung in Worblaufen aber um den Fortbestand bangt.

Die Antwort des Bundesrats fiel wohlwollend aus: Es bestehe kein Zweifel daran, dass das Archiv eine wichtige Dokumentation zu einem der bedeutendsten Aspekte der politischen und sozialen Geschichte der Schweiz seit dem frühen 20. Jahrhundert darstelle, schrieb er in seiner Antwort im März. Ohne genauere Angaben zu den konkreten Bedürfnissen sei es aber nicht möglich, abschliessend Stellung zu nehmen. Das ermutigte fünf Nationalrätinnen unterschiedlicher Parteien, den Bundesrat in einem Postulat aufzufordern, den Fortbestand des Gosteli-Archivs zu sichern - zusammen mit dem Kanton Bern und allenfalls anderen Partnern. Fast 100 Nationalräte haben das Anliegen mitunterzeichnet.

Auch die Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy setzt sich für die Gosteli-Stiftung ein: «Es kann nicht sein, dass die Geschichte der Männer in staatlichen Archiven untergebracht ist, während jene der Frauen privat finanziert werden muss», sagt sie.



97 Nationalräte verlangen vom Bundesrat, dass er das von Silvia Bühler geleitete Gosteli-Archiv unterstützt. Foto: Adrian Moser

«Ich werde mich bemühen, eine Stiftung zu finden, die hilft.»

Doris Fiala, FDP-Nationalrätin

Aktiv werden will ebenfalls Doris Fiala (FDP): «Ich werde mich bemühen, eine Stiftung zu finden, welche das Archiv unterstützt», sagt Fiala auf Anfrage. Bleibe diese Suche erfolglos, werde sie sich dafür einsetzen, dass der Bund einspringe. «Die Geschichte der Gleichberechtigung ist eine gesamtschweizerische und kann nicht auf den Kanton Bern abgeschoben werden», sagt Fiala. Es sei wichtig, dass man für die kommenden Generationen die wichtigen Zeitdokumente erhalte. Das im Wortlaut gleiche Postulat eingereicht haben auch Maya Graf (Grüne) und Barbara Schmid-Federer (CVP).

Auch auf kantonaler Ebene ist im März ein Vorstoss für die Unterstützung des Archivs eingereicht worden. Stiftungsrat und Grossrat Beat Giauque (FDP) möchte den Regierungsrat beauftragen, dass er das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung als Kulturgut von nationaler Bedeutung anerkennt und Bund und Kanton jährlich einen Betrag von je 100 000 Franken an die Institution überweisen. «Der Kanton zeigt wenig Interesse, wenn der Bund nicht mitfinanziert - und umgekehrt», sagt Giauque. Dass der Kanton wieder sparen müsse, erschwere die Sache zusätzlich. «Die wiederkehrende finanzielle Unterstützung ist wichtig, damit das Archiv nicht aufgelöst wird oder etwa in einen anderen Kanton abwandert», sagt Giauque.

Um die Zukunft des Gosteli-Archivs sorgt sich weiter der Verband der Schweizer Akademikerinnen: «Wir begrüssen die Vorstösse und hoffen, dass sich das Parlament der Sache annimmt», so Vereinspräsidentin Doris Boscardin. Gleichzeitig will der Verband selbst Geld fließen lassen: «Wir werden uns mit einer Jahrespauschale von 700 Franken

beteiligen.» Sie möchte weitere Frauenverbände ermutigen, nach Möglichkeit das Gleiche zu tun. «Die Akten unseres Verbandes zählen 18 Laufmeter, es ist uns ein Anliegen, dass diese sicher und professionell aufbewahrt werden.»

Berset soll richten

Über die breite Unterstützung freut sich Silvia Bühler: «Unser Ziel ist es, das Archiv im Sinn von Marthe Gosteli am jetzigen Standort unabhängig und neutral weiterzuführen.» Anfangs April haben sich verschiedene Vertreter der Stiftung mit dem Bundesarchivar Andreas Kellerhals getroffen, um sich über mögliche Fördertöpfe beim Bund informieren zu lassen. Vor drei Jahren hatte die Stiftung vom Bundesamt für Kultur noch eine Absage erhalten. Es gebe keine gesetzliche Grundlage, das Archiv zu unterstützen, hiess es damals. Auch 1992 entschied sich der Bundesrat gegen einen Bundesbeitrag. Leutenegger Oberholzer ist zuversichtlich, dass es dieses Jahr aber klappen könnte: «Bundesrat Alain Berset weiss von der Wichtigkeit dieser Institution - zudem hat er auch den Film gesehen.»

Kropf nun doch fast an Spitze der Stadtverwaltung

Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) holt den langjährigen Politstrategen des Grünen Bündnisses als Co-Generalsekretär zu sich in den Erlacherhof.

Marcello Odermatt, Simon Gsteiger

Blaise Kropf wird der neue Co-Generalsekretär von Berns Stadtpräsident Alec von Graffenried. Gemeinsam mit dem bisherigen Stellvertreter im Generalsekretariat, Ralf Treuthardt, übernimmt er die Nachfolge des langjährigen Generalsekretärs Peter Tschanz. Der Wechsel findet am 1. September statt.

Während das Nachrückende Treuthardts als langjähriger Stellvertreter auf der Hand liegt, ist die Personalie Kropf bemerkenswert.

Der 44-jährige Historiker, Gewerkschafter, Grossrat und langjährige Kantonalpräsident der Grünen wollte einst für das Grüne Bündnis selber Gemeinderat der Stadt

Bern werden, wurde aber zugunsten von Franziska Teuscher übergangen. 2016 wurde Kropf unter Teuscher Leiter des Alters- und Versicherungsamts der Stadt Bern. Nun rückt er, zwar nicht an die Spitze der Stadtverwaltung, aber doch nahe dort hin. Das Generalsekretariat des Stadtpräsidenten ist das zentrale politische und strategische Führungsorgan.

Ein Geschenk für den Supporter?

Zudem ist Kropf Mitglied des Grünen Bündnisses (GB), das auf Stadtebene die Grüne Freie Liste (GFL) - die Partei des Stadtpräsidenten - konkurrenziert. GB, GFL und SP haben ja bei den Gemeindevahlen vom letzten Herbst einen gemeinsamen Wahlkampf gemacht. Das GB

hat im Stapi-Wahlkampf aber letztlich nicht den grünen Partner der GFL unterstützt, sondern die Kandidatin der SP. Irritationen sind denn auch übrig geblieben. Differenzen, die nun im Hinblick auf künftige Wahlgänge, etwa die kantonalen Wahlen von 2018, wieder gekittet worden sind. Seit längerem steht denn auch zur Diskussion, ob GFL und GB, die beide unter dem Dach der Grünen Schweiz politisieren, fusionieren könnten. Dieses Projekt scheiterte bisher. Es war Kropf, der diese Idee in den letzten Jahren weiterverfolgt hatte. Brisanter aber ist noch: Es war auch Kropf, der im Hintergrund mitgeholfen hatte, die Kandidatur von Graffenrieds für das Stadtpräsidium einzufädeln.

Von Graffenried und Kropf wollen das Ganze natürlich nicht als Deal verstanden wissen. Das sei kein «Geschenk» für die Zusammenarbeit bei der Stapi-Wahlen, sagt Kropf. «Die neue Funktion ist kein politisches Amt, sondern ein vollumfänglich berufliches Engagement», sagt er. Auch von Graffenried will nichts von Symbolik wissen. «Kropf ist sehr respektiert, breit verankert und gut vernetzt über die Grenzen der politischen Lager hinweg.»

Wie auch immer. Klar ist aber auch: Kropf gilt nicht nur als gewiefter Taktiker, sondern ist im grünen Lager tatsächlich gut vernetzt. Mit ihm sichert sich von Graffenried gute Kontakte und beständige Verbindungen zu den Grünen. Für von Graffenried ist die neue Co-Leitung denn auch «ideal» besetzt.

Der 49-jährige Ralf Treuthardt berät und unterstützt als stellvertretender Generalsekretär das Stadtpräsidium seit 15 Jahren. Der heutige Generalsekretär Peter Tschanz wird im September pensioniert. Die Co-Leitung bringt auch keine zusätzlichen Stellenprozente mit sich.



Blaise Kropf.



Ralf Treuthardt.

Damit Burgdorf nicht plötzlich mit leeren Händen dasteht

«Schöne Worte» reichen nicht: Beim Thema Fachhochschule soll es eine verbindliche Verknüpfung zwischen den Standorten Bern und Burgdorf geben.

Simon Wälti

Burgdorf verliert im Rahmen der Konzentration der Berner Fachhochschule das heutige «Tech», die Stadt soll aber im Gegenzug die technische Fachschule, «Lädere», und ein neu aufzubauendes Tec-Lab erhalten. Die Standortfrage mit dem neuen Campus in Bern-Weyermannshaus und dem neuen Campus in Biel gab im letzten Jahr in der kantonalen Politik viel zu reden: Ungehalten war der Grosse Rat, weil man ihm hinsichtlich der Aufteilung des Departements WGS (Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Arbeit) nicht reinen Wein eingeschenkt hatte. Die Bildungskommission BIK sprach von einem «beträchtlichen Vertrauensver-

lust». Das Glaubwürdigkeitsproblem hat nun zur Folge, dass die Kommission sich nicht mit Beteuerungen und Absichtserklärungen zufriedengibt. Sie hat fast einstimmig eine dringliche Motion eingereicht und will, dass der Grosse Rat eine Erklärung verabschiedet. «Es braucht eine verbindliche Zusage und nicht nur schöne Worte», sagt BIK-Vizepräsidentin Corinne Schmidhauser (FDP). Man habe aber immerhin erfreut festgestellt, dass die Projekte in Burgdorf mit Elan angegangen würden.

«Ohne Verzögerungen»

Wie funktioniert die beabsichtigte Verknüpfung? Der Projektierungskredit für den Campus Bern und der Wettbewerbskredit für Burgdorf sollen in der gleichen Session, nämlich im März 2018, behandelt werden. «Das gehört noch in die laufende Legislatur», sagt Schmidhauser. Nach den Wahlen könne vieles anders aussehen, es gebe Wechsel in Parlament und Regierung. Mit der Verknüpfung könne in der Region Emmental/Oberaargau das Vertrauen gefestigt werden, hält die Kommission in der Motion fest. Ur-

sprünglich hatte der Regierungsrat einen anderen Fahrplan und wollte den Wettbewerbskredit für Burgdorf erst im Herbst des nächsten Jahres dem Grossen Rat vorlegen.

Mit der Erklärung will die Bildungskommission ein Zeichen für Burgdorf setzen. «Der Grosse Rat erwartet, dass die geplanten Projekte in Bern und Burgdorf ohne Verzögerungen oder Veränderungen umgesetzt werden», heisst es darin. Es ist das erste Mal überhaupt, dass dieses politische Instrument der Erklärung genutzt wird, wie Schmidhauser erklärt. Wenn der Grosse Rat in der am 6. Juni beginnenden Junisession die Motion gutheisst, so hat Burgdorf



Corinne Schmidhauser
Die FDP-Grossrätin ist Vizepräsidentin der Bildungskommission.

die Zusicherung, dass es nicht plötzlich mit leeren Händen dasteht. Aber auch die heute in Bern angesiedelte «Lädere» hat eine Garantie, nicht plötzlich ins Visier eines Sparpaketes zu geraten. «Es ist eine Konsequenz aus der Motion, dass die «Lädere» Planungssicherheit und eine grosse Chance in Burgdorf erhält», sagt Schmidhauser. Es sei aber nicht ausgesprochenes Ziel der Motion gewesen, den Bestand der «Lädere» zu sichern. In diesem Jahr wird der Regierungsrat ein grosses Sparpaket vorlegen. Bei ASP 2014 wurde die Schule zum Thema: Die Finanzkommission wollte die «Lädere» wegsparen, sah dann aber nach grossem Widerstand davon ab.

In der Junisession stehen auch Kredite für Biel und Bern auf der Traktandenliste. Die Standortkonzentration der Fachhochschule sei richtig, sagt Schmidhauser, auch wenn die Kosten sehr hoch seien. «Die heutige Situation mit über zwanzig Standorten ist kein Zustand.» Der Kanton Bern nehme bei der dualen Bildung eine wichtige Position ein und müsse in die berufliche Weiterbildung investieren.